

vielfacher Hinsicht, etwa bei der Betrachtung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen oder bei der Anerkennung von beruflichen Abschlüssen, werden Abstimmungen vorgenommen. Insgesamt läßt sich in der Zusammenarbeit mit diesen, aber auch allen anderen Bundesländern der Vorteil des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik erkennen: in der Einheit die Vielfalt, d. h. die Bewahrung und der Ausbau landesspezifischer Bedingungen auch in der beruflichen Bildung.

*BWP: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.*

## Haben Sie die Literaturinformationen zur beruflichen Bildung schon im Griff?

Die Literaturinformationen zur beruflichen Bildung unterrichten in Abständen von zwei Monaten über Zeitschriftenartikel und Buch-Neuerscheinungen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung, der Berufsbildungsforschung sowie deren Grundlagen und Grenzbereiche. Es werden etwa 175 vorwiegend deutschsprachige Fachzeitschriften regelmäßig ausgewertet. Jedes Heft der Literaturinformationen enthält ca. 200 bibliographische Angaben.

Der bibliographisch Teil ist in 14 Gruppen gegliedert. Er enthält Titelangaben und zu Schlagwortketten verknüpfte Schlagworte, für Monographien darüber hinaus Kurztexpte, sogenannte abstracts.

Fünf Register: Sach-, Berufs-, Personen- und Institutionen-, Autoren- und das geographische Register erschließen den bibliographischen Teil und ermöglichen vielseitige Recherchen.

Die Literaturinformationen zur beruflichen Bildung sind zum Bezugspreis von 100,- DM pro Jahrgang (6 Hefte) oder 20,- DM für das Einzelheft erhältlich. ISSN 0172-1658

Bundesinstitut für Berufsbildung — Veröffentlichungswesen — Fehrbelliner Platz 3, W-1000 Berlin 31, Telefon (0 30) 86 83-5 20/5 16.

**Ausbildungsplätze:**

## Ausbildungsplatzsituation in den neuen Bundesländern

Rudolf Werner

**Der Bereich der Berufsbildung war im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schon frühzeitig ein wichtiges Anliegen. Schon im Juli 1990 wurden von der Volkskammer der damaligen DDR Gesetze über das Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung sowie zur Umgestaltung der Berufsschulen beschlossen. Im Einigungsvertrag wurden weitere Regelungen und Übergangsbestimmungen festgelegt. Auch das statistische Instrumentarium, das zur Darstellung der Ausbildungsplatzsituation wichtig ist, wurde übernommen. So konnte das Bundesinstitut für Berufsbildung bereits im Herbst 1990 eine Umfrage zur Zahl der neu abgeschlossenen Verträge durchführen.**

Zu diesem Zeitpunkt war die Ausbildungsplatzsituation in den fünf neuen Ländern noch relativ günstig. Rund 123 000 Ausbildungsverträge wurden abgeschlossen, die meisten in den Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz. Bei den Arbeitsämtern waren wenige Jugendliche gemeldet, die noch keinen Ausbildungsplatz hatten.

Für das Ausbildungsjahr 1991/92 ist die Situation jedoch wesentlich schwieriger. Viele Kombinate wurden aufgelöst, Betriebe wurden veräußert, stillgelegt oder haben erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. So haben sich bis Ende Juli 1991 26 200 Jugendliche bei den Arbeitsämtern gemeldet, deren Lehrverträge gelöst wurden.

Hinzu kommt, daß im Herbst letzten Jahres viele Schulabgänger erstmals die neu eingerichteten Schulformen Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr besuchten. Dadurch wurde damals die Nachfrage entlastet; diese Jugendlichen benötigen jedoch jetzt einen Ausbildungsplatz. So ist mit 10 000 Abgängern aus dem Berufsvorbereitungsjahr und dem Berufsgrundbildungsjahr zu rechnen.

Die meisten bundesdeutschen Ausbildungsordnungen sehen eine dreijährige Ausbildungszeit vor, während in der DDR die Ausbildung meist nur zwei Jahre dauerte. Dies bedeutet, daß viele Auszubildende den Ausbildungsplatz für ein weiteres Jahr benötigen und nicht für Schulabgänger freigeben.

## Bessere Chancen in gewerblichen Berufen

Für junge Frauen ist die Ausbildungsplatzsituation besonders schwierig, da die Bereiche der Freien Berufe (Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte u. a.), die traditionell viele Ausbildungsplätze für Frauen bereitstellen, noch unterentwickelt sind. So werden die meisten offenen Stellen in den Fertigungsberufen gemeldet (70 Prozent). Im alten Bundesgebiet sind dies nur 52 Prozent. Allerdings ist in den neuen Ländern der Drang in die Dienstleistungs- und Büroberufe noch nicht so stark. Von den Ausbildungsplatzbewerbern wollen 51 Prozent einen solchen Beruf erlernen; im alten Bundesgebiet sind dies 61 Prozent. Dieses höhere Ansehen der gewerblichen Berufe dürfte mit der Ausbildungsstruktur in der früheren DDR zusammenhängen, in der vor allem wesentlich mehr junge Frauen gewerbliche Berufe erlernten als in der Bundesrepublik. Allerdings gibt es auch in den neuen Ländern trotz des Ausbildungsplatzmangels Berufsbereiche, in denen es an Bewerbern fehlt. So gab es in den Elektroberufen 2 100 unbesetzte Ausbildungsstellen bei 1 600 Bewerbern.

Generell ist die Zahl der Schulabgänger in den neuen Bundesländern zur Zeit demographisch bedingt niedrig. Sie wird in den nächsten Jahren aber steigen.

Im März dieses Jahres, also zur Mitte des Berichtsjahres, hatte etwa

die Hälfte der 120 000 Ausbildungsplatzbewerber einen Ausbildungsplatz. Aber auch von diesen Plätzen sind viele aufgrund der wirtschaftlichen Situation ungewiß. Ende August 1991 waren bei den Arbeitsämtern der östlichen Länder noch 25 100 unvermittelte Bewerber gemeldet bei 19 000 noch zur Verfügung stehenden Plätzen. Das sind 16 900 weniger als noch im Vormonat. Viele der noch unversorgten Jugendlichen (15 Prozent) haben nur den Abschluß der 8. Klasse oder gar keinen Abschluß. Am ungünstigsten ist die Situation in Mecklenburg-Vorpommern, während in Sachsen und Thüringen das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage eine etwas bessere Relation aufweist. Generell ist die Nachfrage junger Frauen bei den Arbeitsämtern etwas höher als die von jungen Männern, was auf schlechtere Chancen für junge Frauen hindeutet. So sind auch 56 Prozent der noch unversorgten Jugendlichen junge Frauen.

Andererseits ist nicht bekannt, wie viele Jugendliche den Ausweg in die westlichen Bundesländer suchen, sei es als Pendler oder auch mit Verlegung des Wohnsitzes. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sie nicht mehr zurückkehren und so den neuen Bundesländern als junge Fachkräfte verlorengehen. Von den betreffenden Kammern wurde bereits erwogen, für diese Auszubildenden die Prüfungen am ursprünglichen Wohnort abzunehmen, um so den Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt nach Abschluß der Ausbildung zu erleichtern.

In den westlichen Bundesländern herrscht ein großer Mangel an Lehrstellenbewerbern. Die Bilanz für das Ausbildungsjahr 1990/91 zeigt, daß im Herbst 1990 noch 114 000 Ausbildungsplätze unbesetzt waren bei 14 000 noch nicht vermittelten Bewerbern. Auch für das Ausbildungsjahr 1991/92 ist eine günstige Bilanz zu erwarten. Ende August 1991 suchten noch 47 900 Jugendliche einen Ausbildungsplatz bei 211 700 unbesetzten Plätzen.

## Maßnahmen von Politik und Wirtschaft

Von Seiten der Arbeitsverwaltung, des Bundes und der Länder wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Ausbildungsplätze zu schaffen. Im Rahmen des Ausbildungsförderungsprogramms — Ost der Bundesregierung können Betriebe bis 20 Beschäftigte einen finanziellen Zuschuß (5 000,— DM) erhalten, wenn sie einen Ausbildungsplatz neu einrichten. Von Länderseite wurde dieses Angebot teilweise auch auf Betriebe über 20 Beschäftigte ausgedehnt. Der Bund will in seinem Bereich einschließlich Bahn und Post 10 000 Plätze anbieten. Kammern haben Ausbildungsringe gegründet, da einzelne Betriebe häufig nicht die ganze Breite der Ausbildungsordnungen abdecken können. Die Bundesanstalt für Arbeit fördert u. a. die Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten (bis Ende Mai 26 300 Plätze). Viele Ju-

gendliche, deren Verträge aufgrund von Stilllegung des Betriebes oder aus anderen Gründen gelöst wurden, haben dort einen Ausbildungsplatz gefunden. Die Bundesanstalt für Arbeit kann im Rahmen des § 40c Arbeitsförderungsgesetz auch Maßnahmen fördern, die über das erste Ausbildungsjahr hinausgehen. Für Betriebe, die für junge Frauen Ausbildungsplätze bereitstellen, wurden auf Länderebene eigene Fördermaßnahmen entwickelt.

Inwieweit alle diese Maßnahmen zu einem ausreichenden Ausbildungsplatzangebot führen, muß abgewartet werden. Für viele Jugendliche werden die Maßnahmen ein Durchgangsstadium sein oder vorbereitenden Charakter haben. Längerfristig entscheidend ist die wirtschaftliche Entwicklung und damit einhergehend ein auf die Beschäftigungsmöglichkeiten ausgerichtetes Ausbildungsplatzangebot.

### Bei den Arbeitsämtern des Beitrittsgebietes gemeldete Berufsausbildungsstellen und Bewerber Ende Juli 1991

Region	Berufsausbildungsstellen		Bewerber für Berufsausbildungsstellen		
	gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres	unbesetzt Ende Juli 1991	gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres	noch nicht vermittelt Ende Juli 1991	Lehrvertragslösungen seit Beginn des Berichtsjahres
Mecklenburg-Vorpommern	14 354	3 870	17 985	4 864	3 685
Brandenburg	14 012	2 789	18 336	7 131	3 086
Sachsen-Anhalt	17 660	3 073	23 788	8 013	4 646
Sachsen	28 417	6 804	34 634	11 563	6 573
Thüringen	20 675	4 120	27 665	7 864	6 594
Berlin — Ost	5 438	791	9 643	2 333	1 629
Insgesamt	100 556	21 447	132 051	41 968	26 213

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen — Berufsberatung